



Zollmeldung | Armenien | Einfuhrverbote und Beschränkungen, übergreifend

## Eurasische Wirtschaftsunion – Markierung von Pelzwaren

08.01.2016

Bonn (gtai) – Wie bereits **zuvor berichtet**, soll in der Eurasischen Wirtschaftsunion die Markierung von Pelzwaren eingeführt werden.

Ein entsprechendes Abkommen haben die Mitgliedstaaten der EAWU bereits unterzeichnet. Noch vor Inkrafttreten des Abkommens wurden die notwendigen Rechtsakte verabschiedet, die unter anderem den betroffenen Warenkreis sowie die Markierungsvorgaben regeln.

Betroffen sind folgende Waren:

| Warennummer*  | Warenbezeichnung                          |
|---------------|---|
| 4303.10.901.0 | Bekleidung aus Nerzfell                   |
| 4303.10.902.0 | Bekleidung aus Nutriafell                 |
| 4303.10.903.0 | Bekleidung aus Polarfuchs- oder Fuchsfell |
| 4303.10.904.0 | Bekleidung aus Kaninchen- oder Hasenfell  |
| 4303.10.905.0 | Bekleidung aus Waschbärfell               |
| 4303.10.906.0 | Bekleidung aus Schaffell                  |
| 4303 10 908 0 | Bekleidung aus anderen Fellen             |

\*nach der Warenomenklatur der Außenhandelstätigkeit der Eurasischen Wirtschaftsunion

Das den Regelungen zugrunde liegende Abkommen ist noch nicht in Kraft getreten, sodass die Einfuhr von unmarkierten Pelzwaren derzeit noch möglich ist. Mit dem Inkrafttreten wird im ersten Halbjahr 2016 gerechnet.

Die genauen Anforderungen an die Markierung der oben bezeichneten Pelzwaren sind in der Entscheidung des Rates der Eurasischen Wirtschaftskommission vom 23.11.15 **Nr.70** [☞](#) enthalten.

## Mehr zu:

Armenien / Belarus / Kasachstan / Kirgisistan / Russland  
Einfuhrverbote und Beschränkungen, übergreifend  
Zoll

## Kontakt

Karin Appel

Zollexpertin

 +49 228 24 993 351

 [Ihre Frage an uns](#)

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.